E1-Ä1 Für mehr Klimaschutz-Projekte, denn 2,8 Grad plus werden eine Klima-Hölle!

Antragsteller*in: Anja Koberg (KV Nordfriesland)

Änderungsantrag zu E1

Von Zeile 39 bis 40 einfügen:

1. statt abschalten" für Speicher und die Produktion von Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar." Für eine schnellere Entwicklung und den Bau effizenter Speichermedien müssen wirksame Fördermaßnahmen für aussichtsreiche, privatwirtschaftliche und hochschulische Forschungs- und Pilotprojekte augelegt werden. Für den Ausbau und die Anbindung EEGs an Elektrolyse-Anlagen sollen Genehmigungsverfahren verkürzt werden und regionales Gewerbe für die Herstellung und Zulieferung von Anlagenteilen gefördert werden. Für Kommunen, Gemeinden sowie EEG-Anlagen mit bürgerlicher Beteiligung, deren EEGs für eine alleinige Nutzung einer Speicher- oder Elektrolyse-Anlage, aufgrund geringere Kapazität, betriebswirtschaftlich ineffizient ist, soll eine Beratungsstelle eingerichtet werden. Diese soll proaktiv für eine Vernetzung geeigneter EEG-Anlagen zur gemeinsamen Nutzung von Speicher- oder Elektrolyse-Anlagen sorgen und Beratung bei Auswahl der Speichtechnik sowie Hilfe bei Föderanträgen leisten.

Begründung

Die Nutzung und Speicherung von produktiven Spitzen aus EEGs ist nicht nur vom politischen Willen abhängig. An effizenten Speicher-Anlagen wird immer noch geforscht und der Ausbau für Elektrolyse-Anlagen, angebunden an EEG-Anlagen, geht nur schleppend voran, da Genehmigungen lange dauern und aufgrund der Weltmarktlage einige Teile für diese Anlagen lange Lieferzeiten haben. Gerade kleinere EEG-Anlagen mit bürgerlicher Beteiligung oder in öffentlicher Hand scheuen eine Investition in Speicher- oder Elektrolyse-Anlagen, da zeitweilige Abschaltungen, aufgrund der noch neuen Speichertechniken und des großen Entwicklungspotentials in diesem Bereich, betriebswirtschaftlich weniger riskant sind.

Unterstützer*innen

Ina Kietzmann (KV Nordfriesland); Daniela Aidley (KV Nordfriesland); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Matthias Forthmann (KV Nordfriesland); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Henning Vollert (KV Segeberg)

E4-Ä1 Die richtigen Lehren aus Lützerath ziehen

Antragsteller*in: Ingrid Nestle (KV Steinburg)

Änderungsantrag zu E4

Von Zeile 1 bis 21:
Die Vorgänge im Januar im Dorf Lützerath haben unsere Partei auf eine schwere Probe gestellt. ~~Der Kohlekompromiss der Bundesregierung mit RWE, stelle zwar auf der einen Seite unter dem Strich eine Verbesserung dar, brach jedoch auf der anderen Seite eine Vertrauenskrise von Bündnis 90/Die Grünen mit Teilen der Klimabewegung los, da er nicht mit der Einhaltung der 1,5-Grenze vereinbar war. Als Bündnisgrüne fühlen wir uns diesem Ziel nach wie vor verpflichtet und werden an jeder möglichen Stelle auf die Einhaltung dieses essentiellen Ziels pochen. Wir wollen diesen Vorgang daher in einem innerparteilichen Dialogprozess reflektieren.~~Nachdem das klare Bekenntnis zum Kohleausstieg 2030 in den Koalitionsverhandlungen von SPD und FDP verhindert worden war, konnte dieser für das rheinische Revier durch eine Einigung mit RWE erreicht werden. Dennoch reicht auch dieser Schritt nicht für die Einhaltung der 1,5°-Grenze. Als Bündnisgrüne fühlen wir uns diesem Ziel nach wie vor verpflichtet und werden an jeder möglichen Stelle auf die Einhaltung dieses essentiellen Ziels hinwirken. Wir wollen diesen Vorgang daher in einem innerparteilichen Dialogprozess reflektieren .

~~Es ist aber auch klar, dass es auch in Zukunft schwer wird, Politik zu machen, die den Notwendigkeiten des Klimaschutz genüge trägt und zeitgleich mit unseren Koalitionspartnern in Bund und Land umsetzbar ist. Eine Politik, die zwar zu einer früheren Zielerreichung beiträgt, jedoch das Pariser Klimaabkommen verfehlt, wird für uns immer eine politische Niederlage darstellen. Daher brauchen wir einen neuen Ruck für starken Klimaschutz, der den Grünen Markenkern neu belebt und klar macht, welche Partei Seite an Seite mit der Klimabewegung kämpft. Das Pariser Klimaabkommen muss die rote Linie eines jeden Beschlusses in Koalitionen mit unserer Beteiligung sein. Daher fordern wir von der Bundesregierung:~~

- ~~Einen überarbeiteten Kohleausstiegsplan, der mit dem 1,5°-Ziel vereinbar ist - zur Not auch mit einer Änderung des Kohleausstiegsgesetz~~

Es ist klar, dass es auch in Zukunft schwer wird, Politik zu machen, die den Notwendigkeiten des Klimaschutzes genügt und zeitgleich mit unseren Koalitionspartnern in Bund und Land umsetzbar ist. Zugleich hat die grüne Regierungsbeteiligung im Vergleich zur Politik der letzten 16 Jahre gewaltige Fortschritte gebracht: Eine Vervielfachung der Ausbaukorridore für Erneuerbare, das überragende öffentliche Interesse für Erneuerbare zur Planungsbeschleunigung, gesetzliche Festlegung für Windflächenplanung in ganz Deutschland, das Ende der Förderung fossiler Heizungen, die Umschichtung der Gelder in die Sanierung der Häuser und die Beschleunigung des Netzausbaus sind nur einige Beispiele. Grün wirkt sichtbar – und doch reicht es noch nicht für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels, weil sehr viel Zeit verloren wurde und auch weil insbesondere im Verkehrssektor nach wie vor wirksame Maßnahmen fehlen. Daher fordern wir von der Bundesregierung:

- Eine weitere Beschleunigung des Kohleausstiegs
- Keine weitere Verzögerung bei der Anhebung des CO2-Preises
- Eine schnelle Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele

Von Zeile 25 bis 30:
~~Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein stellt sich zudem als Verband hinter friedlichen Klimaprotest. Anlass sind die vielen Berichte und die eindrücklichen Bilder von der Räumung des~~

~~Dorfes Lützerath im Januar 2023. Wir stellen uns zudem hinter die Forderung der Grünen Bundestagsfraktion nach einer parlamentarischen Aufarbeitung des Polizeieinsatzes. Dieser kann augenscheinlich nicht als vorbildlich bezeichnet werden.~~

Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein stellt sich als Verband hinter friedlichen Klimaprotest. Wir begrüßen zudem, dass im Landtag NRW eine parlamentarische Aufarbeitung des Polizeieinsatzes stattfindet.

Unterstützer*innen

Malte Krüger (KV Steinburg); Anke Erdmann (KV Kiel); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Achim Jansen (KV Segeberg); Leon Bossen (KV Flensburg)

E4-Ä2 Die richtigen Lehren aus Lützerath ziehen

Antragsteller*in: Steffen Regis (KV Kiel)

Änderungsantrag zu E4

Von Zeile 4 bis 18:
anderen Seite eine Vertrauenskrise von Bündnis 90/Die Grünen mit Teilen der Klimabewegung los, da er nicht mit der Einhaltung der 1,~~5~~5°-Grenze vereinbar war. Als Bündnisgrüne fühlen wir uns diesem Ziel nach wie vor verpflichtet und werden an jeder möglichen Stelle auf die Einhaltung dieses essentiellen Ziels ~~pochen. Wir wollen diesen Vorgang daher in einem innerparteilichen Dialogprozess reflektieren~~hinarbeiten.

~~Es ist aber auch klar, dass es auch in Zukunft schwer wird, Politik zu machen, die den Notwendigkeiten des Klimaschutz genüge trägt und zeitgleich mit unseren Koalitionspartnern in Bund und Land umsetzbar ist. Eine Politik, die zwar zu einer früheren Zielerreichung beiträgt, jedoch das Pariser Klimaabkommen verfehlt, wird für uns immer eine politische Niederlage darstellen. Daher brauchen wir einen neuen Ruck für starken Klimaschutz, der den Grünen Markenkern neu belebt und klar macht, welche Partei Seite an Seite mit der Klimabewegung kämpft. Das Pariser Klimaabkommen muss die rote Linie eines jeden Beschlusses~~ Klar ist, dass es auch in Zukunft schwer wird, Politik zu machen, die den Notwendigkeiten des Klimaschutzes genüge trägt. Denn die Widerstände aus anderen Parteien, der fossilen Wirtschaft und Teilen der Gesellschaft sind nach wie vor immens. Wir sind überzeugt, dass es Kernaufgabe von demokratischer und verantwortlicher Politik ist, aktiv gesellschaftliche Mehrheiten für einen echten 1,5°-Pfad zu schaffen und gleichzeitig auch vor schwierigen Entscheidungen nicht zurückzuschrecken. Die Verfehlung der Pariser Klimaziele bedeutet nicht nur konkrete Gefahren für unser aller Freiheit und Sicherheit, sondern immer auch einen Bruch des politischen Systems mit der Wirklichkeit der Klimakrise. Daher brauchen wir einen neuen gesellschaftlichen Ruck für starken Klimaschutz. Dafür kämpfen wir Seite an Seite mit der Klimabewegung. Das Pariser Klimaabkommen muss die rote Linie in Koalitionen mit unserer Beteiligung sein. Daher fordern wir von der

Von Zeile 25 bis 30:
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein stellt sich zudem als Verband hinter friedlichen Klimaprotest. ~~Anlass sind die~~Anlässlich der vielen Berichte und ~~die~~ eindrücklichen Bilder von der Räumung des Dorfes Lützerath im Januar 2023~~. Wir~~ stellen wir uns zudem hinter die Forderung der Grünen Bundestagsfraktion nach einer parlamentarischen Aufarbeitung des Polizeieinsatzes~~. Dieser kann augenscheinlich nicht als vorbildlich bezeichnet werden~~.

Unterstützer*innen

Sophia Marie Pott (KV Berlin-Pankow); Rebecca Bräutigam (KV Rendsburg-Eckernförde); Juliane Michel (KV Neumünster); Stephan Wisotzki (KV Lübeck); Verena Duden-Morsch (KV Rendsburg-Eckernförde); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Mandy Siegenbrink (KV Lübeck); Judith Bach (KV Lübeck); Luca Brunsch (KV Kiel); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Petra Kärgel (KV Pinneberg)

M2-Ä1 Schüler*innen und Auszubildenden in SH das 49,- € Ticket (Deutschlandticket) kostenfrei zur Verfügung stellen

Antragsteller*in: Finn Kunert (KV Kiel)

Titel

Ändern in:
Schüler*innen, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden in SH das 49,- € Ticket (Deutschlandticket) kostenfrei zur Verfügung stellen

Änderungsantrag zu M2

In Zeile 6 einfügen:
Diese Entwicklung müssen wir Grünen fördern und unterstützen.
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein setzt sich daher für die kostenfreie Bereitstellung des 49-Euro-Tickets für Schüler*innen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ein.

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:
Unterschiede bei der Schüler*innenbeförderung sind sozial ungerecht und müssen beendet werden. Auch für Freiwilligendienstleistende wollen wir ein kostenloses Ticket schaffen, um die finanziellen Hürden zu senken und die Anerkennung für ihre wichtige gesellschaftliche Arbeit zu verbessern. Jeder junge Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich unabhängig vom Elternhaus für die Gesellschaft zu engagieren.

Begründung

Die mehr als 3000 Freiwilligendienstleistenden in Schleswig-Holstein leisten wichtige Arbeit für die Gesellschaft. Dafür erhalten sie jedoch nur ein geringes Taschengeld von aktuell maximal 438 Euro im Monat. Dem gegenüber stehen hohe Kosten für Verpflegung, Unterkunft und den öffentlichen Nahverkehr. Da viele Freiwilligendienstleistende, auch aufgrund knappen Wohnraums in größeren Städten, zu ihrer Einsatzstelle pendeln, bietet die Bereitstellung eines kostenfreien 49-Euro-Tickets eine erste niedrigschwellige Möglichkeit für eine effektive Entlastung.
Eine Bevorzugung der Personengruppen der Schüler*innen und Auszubildenden erscheint erscheint auch aufgrund der sonst üblichen Ermäßigungsregelungen im ÖPNV nicht sachgemäß. Die Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Straßenpersonenverkehr (PBefAusglV) stellt darüber hinaus in §1 (1) Freiwilligendienstleistende mit Auszubildenden gleich.
Die Landesregierung ist mit ihrem diesjährigen Haushaltsentwurf bereits einen wichtigen Schritt gegangen und plant die Bereitstellung von mehr als einer halben Million Euro für ein vergünstigtes Freiwilligenticket. Das ist ein großer grüner Erfolg! Dennoch dürfen Freiwilligendienstleistende bei der Planung weiterer notwendiger Vergünstigungen nicht vergessen werden.

Unterstützer*innen

Dennis Zdunek (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Hannah Meyer (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Noah Quandt (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Nils Tellert (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Franz Fischer (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Reimer Schölermann (KV Dithmarschen); Finn-Pascal Pridat (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Nadine Mai (KV Pinneberg); Ocean Renner (KV Nordfriesland)

M2-Ä2 Schüler*innen und Auszubildenden in SH das 49,- € Ticket (Deutschlandticket) kostenfrei zur Verfügung stellen

Antragsteller*in: Kerstin Hansen (KV Dithmarschen)

Änderungsantrag zu M2

Nach Zeile 6 einfügen:
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein setzt sich daher für die kostenfreie Bereitstellung des 49-Euro-Tickets für Schüler*innen und Auszubildende ein.

Begründung

Bei der Formulierung des Antrages hatte ich versehentlich versäumt, den Titel im Antragstext mit aufzunehmen.

Unterstützer*innen

Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Martin John Hanske (KV Dithmarschen); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Stephan Wiese (KV Lübeck); Christopher Stammer (KV Dithmarschen); Petra Kärgel (KV Pinneberg)

V6-Ä1 Qualität im Ganztagsangebot verändert auch Schule ...

Antragsteller*in: Mathias Schmitz (KV Pinneberg)

Änderungsantrag zu V6

Von Zeile 9 bis 16:
Lern- und Lebensräume, die auch Lehrkräften einen anderen Blick auf Kinder ermöglichen. ~~Gemeinsam mit Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften im Ganztag sowie Schulsozialarbeit Ganztag in der Schule zu entwickeln, in den kreisfreien Städten genauso wie in den ländlichen Kommunen steht für uns im Vordergrund.~~

Eine Schule als Lebensraum stellt aber erhöhte Grundanforderungen an die Schulgebäude, wie gute Akustik, Belüftung und Beleuchtung. Lebensort Schulen erfordern Mensen und Aufenthaltsqualitäten, die ebenso gemeinsames Lernen wie Entspannen und Zurückziehen ermöglichen müssen. Dies gilt gleichermaßen für Lernende wie auch Lehrende.

Gemeinsam mit Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften im Ganztag sowie Schulsozialarbeit Ganztag in der Schule zu entwickeln, in den kreisfreien Städten genauso wie in den ländlichen Kommunen steht für uns im Vordergrund.

Dabei ist unsere zentrale Forderung, dass in einer gesetzlich verankerten landesweiten Rahmenkonzeption zum Ganztag sowohl die Umsetzung der Bildungsleitlinien des Landes SH, ~~[Leerzeichen]~~wie auch die Kriterien für eine moderne, für den Ganztag geeignete Schulgebäude,

Von Zeile 43 bis 44:

- Angebotsqualität sowie Bildungsgerechtigkeit und Inklusion darf nicht allein ~~vom Schulträger~~von der Finanzkraft des Schulträgers abhängen.

Begründung

Integration, ganztägig Lernen und ganztägige Betreuung an den Schulen sowie weitere neue Schulkonzepte stellen räumliche Anforderungen an Schulen, die in klassischen Flurschulen nicht oder nur mit größeren Erweiterungen, Um- und Neubauten zu verwirklichen sind. Die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen ist heute alleinige Aufgabe der Kommunen. Die können das aber zu häufig nicht und so leben wir mit der Situation, dass Bund und Land neue Schulkonzepte beschliessen für Schulen, die überhaupt nicht dafür geeignet sind.

Besonders krass wird es durch ganztägiges Lernen. Ja, die Schule wird vom Lern- und Fluchtort zum Lebensort. Nur dieser wird Lernende und Lehrende an die Grenzen der Belastung führen. Vor allem schlechte Akustik, veraltete Beleuchtungskonzepte, keine Mensen oder nur provisorische Cafeterien, fehlende Aufenthalts- und Ruheräume stehen einem „Lebensort“ Schule deutlich im Wege.

In der Metropolregion Hamburg kommt noch erschwerend hinzu, dass man sehr gute Argumente für junge Lehrer*innen bieten muss, um sie in Schleswig-Holstein in zerbröselnden Schulen zu halten, wenn nur wenige Kilometer weiter in Hamburg moderne, zeitgemäße Schulen locken.

Es führt also kein Weg an der Modernisierung der Schulen vorbei. Wenn die Kommunen es aber alleine nicht finanzieren können, wie kann dann eine zukunftsfähige Lösung aussehen. Diese ist ohne Beteiligung des Landes und / oder des Bundes durch massiv erhöhte Mlittel für die Modernisierung der Schulen nicht vorstellbar. Das Land mus sich der Aufgabe stellen und gemeinsam mit den Kommunen Lösungen suchen und finden.

Unterstützer*innen

Florian Heinrich (KV Pinneberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Liv Harding (KV Pinneberg); Doris Knabbe (KV Pinneberg); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Lukas Unger (KV Pinneberg); Erika von Kalben (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg)

V6-Ä2 Qualität im Ganztagsangebot verändert auch Schule ...

Antragsteller*in: Malte Krüger (KV Steinburg)

Titel

Ändern in:
Qualität im Ganztagsangebot soll unsere Schulen verbessern

Änderungsantrag zu V6

Von Zeile 1 bis 7:
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein begrüßt, dass sich Schleswig-Holstein auf den Weg macht, um den Ganztagsanspruch zu verwirklichen. Mit der Entwicklung einer Rahmenkonzeption für den Ganztag in Schleswig-Holstein werden Weichen gestellt für die Mindeststandards für Schulkindbetreuung in den Kommunen und kreisfreien Städten. Gleichzeitig finden in den kommenden Monaten weitere Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Standards und weitere Finanzierungsaspekte statt. Wir Grüne wollen dabei für unsere Kinder mehr als Betreuungseinrichtungen mit Mittagsverpflegung und Hausaufgabenzeit. Wir wollen flächendeckend im Land pädagogische Lern- und Lebensräume schaffen und dies in enger Zusammenarbeit mit ~~Schule~~dem Lernort Schule verknüpfen. Lern- und Lebensräume, in denen pädagogische Fachkräfte Kindern selbstbestimmtes Lernen ermöglichen und Chancengleichheit

Von Zeile 9 bis 12:
Lern- und Lebensräume, die auch Lehrkräften einen anderen Blick auf Kinder ermöglichen und ein anderes Miteinander erlaubt. ~~Gemeinsam~~ Für uns Grüne soll der Ganztag zusammen mit Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften ~~im Ganztag sowie Schulsozialarbeit Ganztag in der Schule zu entwickeln, in den kreisfreien Städten genauso wie~~, Schulsozialarbeiter*innen entwickelt werden und dabei ländliche Kommunen und kreisfreie Städte gleichermaßen in den ~~ländlichen Kommunen steht für uns im Vordergrund~~Blickpunkt genommen werden.

Von Zeile 14 bis 16:
landesweiten Rahmenkonzeption zum Ganztag die Umsetzung der Bildungsleitlinien des Landes SH als Qualitätsmerkmal aufgenommen werden und ~~dass~~bundesweit eine ~~Evaluation und~~ähnliche Aufnahme der jeweiligen Bildungsleitlinien in allen Bundesländern erfolgt, um eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Darüber hinaus soll eine Überarbeitung der Rahmenkonzeption gesetzlich festgeschrieben ~~wird~~werden.Wir Grüne setzen uns für die Umsetzung folgender Punkte ein:

Von Zeile 29 bis 36:

- ~~Eine~~Aus der ersten Forderung folgt für uns, dass es eine Fortbildungsoffensive zur Umsetzung der Bildungsleitlinien in Zusammenarbeit mit den Schulträgern geben muss. Diese soll die konzeptionelle Umsetzung der Bildungsleitlinien in den Ganztagseinrichtungen begleiten und für alle Arbeitnehmer*innen der Ganztagsangebote offen sein.

- Darüber hinaus ~~erwarten wir, dass gesetzlich festgeschrieben wird~~setzen wir grüne uns dafür ein, dass die Rahmenkonzeption für den Ganztag nach dem Vorbild der Regelung zur Evaluation des Kindertagesförderungsgesetzes § 58 (KiTaG) in der Umsetzung begleitet und evaluiert wird. Dies soll nach unseren Vorstellungen gesetzlich festgeschrieben werden. Eine Überarbeitung der Rahmenkonzeption im Austausch mit den Schulträgern, Landeselternvertretung sowie

Von Zeile 40 bis 42:

- Hinblick auf Inklusionsfragen brauchen die Kommunen und kreisfreien Städte die Unterstützung des ~~Landes bzw. Bundes~~Bundes und des Landes, um eine Umsetzung der Bildungsleitlinien im pädagogischen Alltag zu ermöglichen.

Nach Zeile 52 einfügen:

- Wir begrüßen die Planung der Landesregierung, dass die Bildungsleitlinien mit Hilfer von wissenschaftlicher Begleitung weiterentwickelt werden sollen.

Unterstützer*innen

Erika von Kalben (KV Pinneberg); Mayra Vriesema (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Stephan Wiese (KV Lübeck); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Ramon Arndt (KV Steinburg); Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg); Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg); Judith Bach (KV Lübeck); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein)